

Pressemitteilung
Nr. 151/2025
Flensburg, 15.07.2025

Schwangerschaftsabbrüche im Raum Flensburg: Das Land muss Rückgrat zeigen!

Mit dem neuen Fördekllinikum Katharinen-Hospital bekommt Flensburg zwar ein modernes Krankenhaus, macht aber gravierende Rückschritte beim Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen. Hier droht ein Versorgungsengpass für die ganze Region, mahnt die SSW-Landtagsfraktion. Sie fordert die Landesregierung auf, sich weiter für Lösungen stark zu machen und alternative Projekte der Stadt Flensburg zu unterstützen (Drucksache 20/3454).

„Nur noch weniger als 2000 Tage! Der Countdown für das neue Fördekllinikum Katharinen-Hospital läuft!“, heißt es auf der Website zum Krankenhaus-Neubau in Flensburg. Ganz unsichtbar läuft ein anderer Countdown: Schon in weniger als 200 Tagen, nämlich dann, wenn die Fusion von Diako und Franziskus-Hospital vollzogen wird, kommt das Aus für stationäre Schwangerschaftsabbrüche in der Fördestadt .

„Diese medizinische Versorgungslücke hat eine besondere Brisanz, da zu dem Zeitpunkt das Fördekllinikum Katharinen-Hospital das Einzige in Flensburg sein wird“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Christian Dirschauer. „Stationäre operative Schwangerschaftsabbrüche werden dann im Stadtgebiet und der gesamten Region massiv erschwert werden.“ Weiter verschärft werde die Lage durch einen gleichzeitigen Rückgang des ambulanten Angebots. Es könne nicht sein, dass die Landesregierung den Klinik-Neubau mit 200 Millionen Euro unterstütze, sich aber aus der Verantwortung stehle, wenn es um dieses brisante Thema gehe.

„Das ist ein Trauerspiel, das wir nicht einfach akzeptieren können. Frauen, die sich ohnehin in einer Ausnahmesituation befinden, werden dadurch massiv benachteiligt und gezwungen, weite Wege auf sich zu nehmen“, mahnt die

frauenpolitische Sprecherin Jette Waldinger-Thiering. Schließlich habe das Land einen Versorgungsauftrag, dem es nachkommen müsse. Das sei im Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) geregelt. Demnach müsse „ein ausreichendes und gut zugängliches Beratungsangebot für schwangere Personen“ vorgehalten werden und sei für „ungehinderten Zugang zu Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen“ zu sorgen.

Vor diesem Hintergrund fordert die SSW-Fraktion in einem Antrag die Landesregierung auf, das bestehende Angebot zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen in Schleswig-Holstein – ambulant und stationär – zu sichern und auszubauen. Gleichzeitig soll der Stadt Flensburg der Rücken gestärkt werden, wo man sich kommunalpolitisch derzeit bemüht, den Engpass aufzufangen. Hier ist zum einen ein Sozialfonds für Betroffene geplant, zum anderen das Projekt „Abortion Buddy“, das Schwangeren persönliche Begleitung im Fall des Abbruchs anbietet. „Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich als Sofortmaßnahme finanziell beteiligt und Gespräche mit der Stadt Flensburg aufnimmt“, so Dirschauer. Er betont: „Wir dürfen die Augen nicht verschließen, wenn aufgrund der religiösen Ausrichtung einer Klinik ungewollt Schwangere nicht versorgt werden können. Hier braucht es ein starkes landespolitisches Signal für einen zeitgemäßen Umgang mit dem Thema!“

Zum Antrag:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/03400/drucksache-20-03454.pdf>